

# VORWÄRTS EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

BADEN-WÜRTTEMBERG

SPD

## SPD-SPITZENTREFFEN STELLT WEICHEN FÜR 2009

**Ute Vogt: „Wir wollen unsere Position bei den Kommunalwahlen ausbauen“**

Beim traditionellen Spitzentreffen der SPD Baden-Württemberg zu Anfang des Jahres hat die Führungsmannschaft der Landes-SPD grundlegende Weichen für die Kommunalwahlen im nächsten Jahr gestellt. „In unseren Städten und Gemeinden zeigen viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass sie erfolgreich regieren und gestalten können“, sagte die SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt. „Wir wollen unsere Position bei den Kommunalwahlen 2009 ausbauen.“

Auf der Klausursitzung in Mannheim wurden erste zentrale Botschaften für das Wahljahr 2009 angelegt und Überlegungen für den Vorwahlkampf angestellt. In einer Mannheimer Erklärung setzt sich die SPD dabei für eine Stärkung der Kommunen ein. „Mit besseren Bildungschancen für alle, mit einer starken kommunalen Daseinsvorsorge und mit einer kommunalen Arbeitsmarktpolitik, die direkt an den Problemen ansetzt, wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die Menschen vor Ort arbeiten“, so Ute Vogt.

### Bessere Bildung für alle

In den Mittelpunkt der kommunalpolitischen Forderungen stellt die SPD-Spitze bessere



Bildung für alle. „Bildung entscheidet über die Zukunftschancen unseres Wirtschaftsstandorts und über die Chancen jedes und jeder Einzelnen“, erklärte Ute Vogt. Dabei stehe die Förderung von Ganztageschulen und der Kleinkindbetreuung im Zentrum der kommunal- und landespolitischen Bemühungen. „Denn nach wie vor verweigert die Landesregierung hier den Kommunen eine gerechte Finanzierungsverteilung.“ Darüber hinaus fordert die SPD den Wiedereinstieg des Landes in die Schulsozialarbeit sowie den Erhalt von wohnortnahen Schulstandorten. „Hierfür ist eine gemeinsame Grundschulzeit von sechs Jahren und die stärkere Kooperation von Hauptschulen und Realschulen vor Ort dringend notwendig“, so die SPD-Chefin. Unterstützt durch ein spezielles Landesprogramm sollen Kinder und Jugendliche für einen Euro ein gesundes Mittagessen an Schulen und in Kindergärten bekommen.

### Öffentliche Daseinsvorsorge sichern

Die SPD-Spitze wendet sich außerdem gegen die fortschreitende Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. „Mit der von der CDU forcierten Privatisierung öffentlichen Eigentums geht die Steuerung für die Versorgungssicherheit, Qualität und preisliche Entwicklung in den Städten und Gemeinden unwiederbringlich verloren“, erläuterte Ute Vogt. „Dabei beweisen die Kommunen tagtäglich, wie sehr gemeinwohlorientiertes Handeln und rentables Wirtschaften in Einklang zu bringen sind.“

Beispiele dafür seien Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften, Sparkassen oder Nahverkehrsgesellschaften. Außerdem will die SPD eine gerechte Lastenverteilung zwischen dem Land und den Kommunen. „Wir stehen hinter dem Prinzip ‚Wer bestellt, bezahlt‘, um das sich die Landesregierung noch immer herumdrückt.“

### Kommunale Arbeitsmarktpolitik erweitern

Ute Vogt unterstrich, es sei richtig gewesen, im Rahmen der Arbeitsmarktreformen die Kompetenzen der Kommunen bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen zu stärken. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Neuordnung der „Hartz-Verwaltung“ fordert die SPD nun eine kontinuierliche, einfallbezogene Betreuung der ALG II-Empfänger aus einer Hand. „Eine solche einfallbezogene Betreuung ist auf kommunaler Ebene am besten möglich“, so die SPD-Chefin: „Wir sprechen uns deshalb für eine federführende Zuständigkeit der Kommune aus. Die Vermittlung von Arbeit findet dabei in enger Kooperation und mit den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit statt. Wir trauen unseren Kommunen auch bei der Arbeitsmarktpolitik etwas zu.“

Ute Vogt betonte, nach den Diskussionen im letzten Jahr trete die SPD Baden-Württemberg wieder geschlossen auf. „Wir bündeln unsere Kräfte: In der Kommune, im Land, im Bund und in Europa. Landesvorstand und Landtagsfraktion, die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die SPD-Abgeordneten in Europaparlament und Bundestag werden gemeinsam die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Wahljahr 2009 schaffen.“ ■

# AUS DEM PARTEILEBEN

## NEUJAHREMPFANG DER JUSOS

Unter dem Titel „Erfolgreich Kommunalpolitik gestalten“ fand der diesjährige Neujahrsempfang des Juso-Landesverbands in Wiesloch statt. Beinahe 90 Gäste aus allen Ecken des Landes waren gekommen, um gemeinsam in das entscheidende Jahr vor den Kommunalwahlen zu starten. Als Gastredner war der Mannheimer Oberbürgermeister Peter Kurz geladen, der die Bedeutung der sozialdemokratischen Handschrift bei der Kampagne vor Ort unterstrich. Der Juso-Landesvorsitzende Roman Götzmann betonte in seiner Rede, wie wichtig die Motivation und Einbindung junger



Kandidaten für den Erfolg der Gemeinderatswahlen sind: „Der Sturm auf die Rathäuser hat ab sofort begonnen.“

## STABWECHSEL BEI DER SPD REGION STUTTGART

Die SPD in der Region Stuttgart hat einen neuen Vorsitzenden. Thomas Leinitz aus Stuttgart löst den bisherigen Vorsitzenden Peter Hofelich ab, der die Partei 15 Jahre lang geführt hat. Der leidenschaftliche VfB-Fan erhielt als kleines Dankeschön ein Trikot mit der Nummer 10. Auf dem Regionalparteitag in Ludwigsburg sagte Thomas Leinitz, die



SPD sei der Garant dafür, dass „die Region Stuttgart mehr ist, als nur ein politischer Zusammenschluss von Kommunen“. Die CDU sei zahn- und sprachlos gegenüber der Landesregierung, die Freien Wähler gefielen sich in der Rolle als „Lordsiegelbewahrer des Kirchturmdenkens“ und die Grünen sträubten sich als „Bedenkenträger qua Amt“ gegen wichtige Zukunftsprojekte der Region.

## STAMMTISCH FÜR „NEUE INLÄNDER“

Bereits im Vorfeld der Kommunalwahl 2001 haben SPD-Stadtrat Ergun Can und Dorothee Schlegel vom Ortsverein Ost den „Neuen-Inländer-Stammtisch“ der SPD Stuttgart ins Leben gerufen, um damit ein gemeinsames Diskussionsforum für Bürgerinnen und Bürger mit und ohne deutschen Pass zu schaffen. Ziel ist es, Menschen mit Migrationshintergrund dauerhaft an Politik und Gesellschaft teilhaben zu lassen. Nach inzwischen 34 Stammtischen hat sich das Forum nicht nur in der Landeshauptstadt fest etabliert, sondern dient auch bundesweit als Vorbild für die langfristige Einbindung von Migranten in die SPD. ■

Mehr Informationen gibt es über [ergun.can@stuttgart.de](mailto:ergun.can@stuttgart.de) und [dorotheeschlegel@web.de](mailto:dorotheeschlegel@web.de)

## HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE IM JANUAR

### ZUM 80. GEBURTSTAG

an Hans Beckert in Neckarsulm, Lilli Beetz in Weinheim, Harry Bulgrin in Rastatt, Walter Dangel in Böblingen, Albert Enderle in Wangen, Hannelore Friebe in Niefern-Öschelbronn, Herbert Fröschle in Stuttgart, Karl Gabriel in Nordheim, Edelbert Ganz in Karlsruhe, Julius Grotz in Karlsruhe, Eugenie Horn in Donaueschingen, Alois Kaiser in Schönwald, Manfred Kalusche in Stuttgart, August Karch in Kehl, Hans Kolb in Schwäbisch Gmünd, Erich Köstel in Freiamt, Ursula Kralewski in Tübingen, Werner Kuhn in Flein, Hermann Lang in Neudenu, Liselotte Layh in Bad Dürrenheim, Elfriede Lehwald in Mosbach, Karl Maske in Bad Mergentheim, Hermann Möhrmann in Gernsbach, Rudolf Müller in Weinheim, Gerhard Mussgung in Pfnitzal, Anna Orlopp in Freiburg, Reinhold Riedlinger in Kehl, Paul Schmidt in Schwaigern, Margarete Studer in Lörrach, Erich Thran in Stuttgart, Rudolf Wagner in Crailsheim, Werner Wichmann in Waghäusel, Alfred Wienrich in Karlsruhe, Philipp Will in Amtzell, Werner Woschitz in Mannheim und an Liesel Ziegler in Heidelberg

### ZUM 90. GEBURTSTAG

an Rita Allbach in Ettlingen, Eugen Bachert in Mannheim, Richard Callies in Ludwigsburg, Georg Keidel in Edingen-Neckarhausen, Erna Nickel in Backnang und an Alwine Seidenspinner in Hildrizhausen

### ZUM 50. PARTEIJUBILÄUM

an Ursula Adler in Stuttgart, Erich Barsuhn in Schwäbisch Hall, Kurt Bauer in Schlaithdorf, Dieter Beer in Hockenheim, Hermann Blank in Rheinfelden, Hermann Boeckenfoerde in Freiburg, Ludwig Breu in Ludwigsburg, Karl Brüggemann in Karlsruhe, Ermida Düsterhöft in Konstanz, Paul Ellenbogen in Kehl, Erich Engler in Bahlingen, Helmut Erb in Hockenheim, Werner Fischer in Künzelsau, Günther Fürderer in Bräunlingen, Herbert Graf in Durmersheim, Erich Haas in Hornberg, Karlheinz Haas in Kirchartd, Karl-Heinz Herbst in Mann-

heim, Herbert Hermann in Ladenburg, Hans-Arthur Hey in Heilbronn, Günter Hillenbrand in Mannheim, Martin Hoffmann in Ubstadt-Weiher, Manfred Huber in Oppenau, Ursula Hurlebusch in Sindelfingen, Werner Juchler in Graben-Neudorf, Erwin Kaiser in Baltmannsweiler, Margot Kernbach in Kornwestheim, Joachim Klett in Wertheim, Karl Kölblin in Emmendingen, Fritz Krause in Stuttgart, Helmut Lächele in Bad Säckingen, Roland Lang in Karlsruhe, Paul Lauxmann in Reutlingen, Günter Liedtke in Walldüren, Gustav Mischall in Oberkirch, Hans Muesken in Konstanz, Friedrich Müller in Bruchsal, Helmut Müller in Pfnitzal, Gerhard Ohlau in Ludwigsburg, Klaus-Dieter Osswald in Weil am Rhein, Georg Paucker in Mannheim, Waldemar Reuter in Leonberg, Gerhard Roth in Oberkirch, Eberhard Sauter in Süßen, Karl-Josef Scheuermann in Wertheim, Willi Schippert in Ilvesheim, Robert Schmidt in Bad Säckingen, Else Schmidt in Stuttgart, Martin Traxel in Mannheim, Wilhelm Walther in Weinheim, Edgar Weingartner in Karlsruhe und an Klaus Zeller in Reutlingen

### ZUM 60. PARTEIJUBILÄUM

an Curt Albert in Mannheim, Helene Ansorge in Geislingen, Hans Bischoff in Kraichtal, Friedrich Bohlmann in Stuttgart, Armin Brocks in Dürnau, Walter Goos in Altlußheim, Erwin Grund in Rheinfelden, Franz Gutmann in Münstertal, Jakob Hartmann in Mühlheim, Erich Liehr in Ellwangen und an Jakob Stadler in Neudenu

### ZUM 75. PARTEIJUBILÄUM

an Hilde Baumann in Mannheim

### ZUM 80. PARTEIJUBILÄUM

an Erwin Schneider in Schorndorf

## IM FEBRUAR

### ZUM 80. GEBURTSTAG

an Karl Bitterwolf in Aulendorf, Dorothea Brackel in Lahr, Erwin Brauchle in Bad Waldsee, Bruno Bundel in Wurmlingen, Robert Carl in Weil am Rhein, Helmut Class in Esslingen, Ernst Eisenmann in Leinfelden-Echterdingen, Hugo Eppele in Waldenbuch, Ernst Fischer in Reichenbach, Helmut Genschel in Waldbronn,

Karl Giesinger in Remchingen, Walter Hammann in Binzen, Michael Hennessey in Durchhausen, Hans Heß in Kehl, Herbert Höfer in Bammental, Kurt Karle in Stuttgart, Roland Kindler in Karlsruhe, Karl Krauss in Sulzfeld, Reinhold Lang in Gemmingen, Günther Löffler in Waldenbuch, Theo Lohmann in Mannheim, Johannes Meinhold in Mannheim, Josef Mireisz in Karlsruhe, Hans Radke in Asperg, Maria-Luise Reimann in Sigmaringen, Edzard Reuter in Stuttgart, Emma Riegel in Göppingen, Norbert Ruck in Oberried, Rolf Ruckaberle in Villingendorf, Dorothea Ruggi in Zell, Werner Schäfer in Wiesloch, Richard Scheuffele in Markgröningen, Karl-August Scholler in Sindelfingen, Gertrud Stender in Mosbach, Albin Stengele in Orsingen-Nenzingen, Oskar Wolf in Schönau, Luzie Wolf in Neunkirchen, Gisela Zacharewicz in Heilbronn, Erich Zeller in Gemmingen und an Beatrice Zimmermann in Leimen

### ZUM 90. GEBURTSTAG

an Rolf Landgraf in Karlsruhe und an Friedrich Bischoff in Adelsheim

### ZUM 100. GEBURTSTAG

an Elisabeth Gefeller in Weinheim

### ZUM 50. PARTEIJUBILÄUM

an Karl Gumb in Hemsbach, Erich Haist in Ettlingen, Herbert Huber in Orsingen-Nenzingen, Kurt-Willi Kindler in Karlsruhe, Fritz Klyeisen in Reichenbach, Walter Metz in Weinheim, Karl-Heinz Rein in Stuttgart, Hans Siemens in Tuttlingen, Karl-Martin Sperling in Stuttgart, Kurt Veitinger in Stuttgart und an Norbert Wirth in Ravensburg

## IMPRESSUM

### Verantwortlich:

Andreas Reißig  
SPD-Landesverband Baden-Württemberg  
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart  
Fon 0711 619 36-31  
Fax 0711 619 36-55  
Email: [andreas.reissig@spd.de](mailto:andreas.reissig@spd.de)  
Internet: [www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de)

## TERMINE FEBRUAR 2008

**SONNTAG, 3.**  
Juso-Landesausschuss, Stuttgart

**FREITAG, 8.**  
Präsidium, Stuttgart

**AGS-Landesvorstand, Niefern**

**FR, 8./SA, 9.**  
Juso-Klausurtagung, Konstanz

**MITTWOCH, 13.**  
AG 60plus-Landesvorstand, Stuttgart

**SAMSTAG, 16.**  
Landesvorstand, Stuttgart

**ASJ-Landesvorstand, Stuttgart**

**MONTAG, 18.**  
AfA-Landesvorstand, Stuttgart

**MITTWOCH, 20.**  
ASG-Landesvorstand, Stuttgart

**SAMSTAG, 23.**  
ASF-Landesausschuss, Böblingen

**MONTAG, 25.**  
AGS-Veranstaltung zur Energieversorgung, Pforzheim

**MITTWOCH, 27.**  
Umweltbeirat, Stuttgart

## Vorbereitung der Kommunalwahl

### ZENTRALE SCHULUNG DER LANDES-SPD

15./16. Februar, Schloss Flehingen: „Kommunale Werkstätten/Kommunalwahlkampf“ (weitere Informationen beim Büro von Generalsekretär Jörg Tausch im SPD-Landesverband, Tel.: 0711-61936-53)



**KOMMUNAL-AKADEMIE DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG**  
22./23. Februar: Kommunale Haushalt und Finanzen

7./8. März: Stadtplanung, Kommunale Wirtschaftsförderung

11. – 13. April: Kommunale Sozialpolitik, Europa und die Kommunen

Alle drei Seminare finden in Herrenberg statt, Gesamtkosten: 105 Euro, ermäßigt 75 Euro.

Anmeldung nur für alle drei Module möglich. Informationen und Anmeldung unter: [sieglinde.hopfhauer@fes.de](mailto:sieglinde.hopfhauer@fes.de)

# KAMPF DER GEWALT GEGEN FRAUEN

Von Renate Gradistanac, stellvertretende frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

**R**asche Umsetzung des Aktionsplans II der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, konsequente Bekämpfung von häuslicher Gewalt und die finanzielle Absicherung der Frauenhäuser durch die Länder – das sind drei aktuelle zentrale frauenpolitische Ziele.

Statistisch gesehen ist es für eine Frau tausendmal gefährlicher, verheiratet zu sein, als durch den Wald zu joggen. Das Zuhause ist immer noch der gefährlichste Ort für eine Frau. 40 Prozent der Frauen über 16 Jahren haben körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren, mehr als die Hälfte der Frauen unterschiedliche Formen von sexuellen Belästigungen, 42 Prozent aller Frauen waren psychischer Gewalt ausgesetzt – das belegt die erste repräsentative Studie über das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen.

Wir haben mit dem 1999 von Rot-Grün aufgelegten Aktionsplan zur Bekämpfung

von Gewalt gegen Frauen und dem Gewaltschutzgesetz als Schwerpunkt erstmals ein Gesamtkonzept für eine wirkungsvolle und nachhaltige Bekämpfung geschaffen. Damit haben wir auch ein Zeichen für die Gesellschaft gesetzt: Neben dem verbesserten Schutz geht es uns vor allem darum, Frauen und Kinder darin zu stärken, ein Leben ohne Gewalt und Angst zu führen und ihre Rechte wahrzunehmen. Wir ermutigen Menschen, gegen Gewalt einzuschreiten und sich nicht damit abzufinden.

Mit dem zum 31. März 2007 in Kraft getretenen Gesetz zur Strafbarkeit beharrlicher Nachstellungen (Stalking), das Opfer von Nachstellungen besser schützt, haben wir Gesetzeslücken geschlossen und ein Signal für einen effektiven Opferschutz gesetzt. Die Bundesländer müssen nun das Stalkinggesetz umsetzen. Wir fordern den Erhalt der Frauenhäuser und zusätzlich Hilfe für minderjährige Mädchen, denen etwa die

Zwangsverheiratung droht. Die rund 400 Frauenhäuser in Deutschland geben jährlich mehr als 40 000 Frauen und deren Kindern Schutz. Wir brauchen eine bundeseinheitliche Regelung, beispielsweise durch eine Vereinbarung zwischen den Ländern. Die Finanzierung von Frauenhäusern muss für Länder und Kommunen zur Pflichtaufgabe werden.

In unserem Antrag „Häusliche Gewalt gegen Frauen konsequent weiterbekämpfen“ fordern wir Studien, die Gewalt gegen ältere Frauen und gegen Menschen mit Behinderungen, gerade auch in der Pflege, untersucht. Wir fordern Hilfe für Migrantinnen und eine Informationspolitik, die Migrantengruppen einbezieht und Männer mit der Thematik konfrontiert.

Der von der Bundesregierung vorgelegte zweite Aktionsplan mit 133 Einzelmaßnahmen ist ein ehrgeiziges Projekt und deckt sich in weiten Teilen mit unseren



Forderungen. Ausdrücklich begrüßen wir, dass beim Schwerpunkt Prävention bereits bei den Kindern angesetzt wird. Wir erwarten, dass die Bundesregierung diesen Aktionsplan II so zügig umsetzt wie den ersten. ■